



An den Grossen Rat

17.5292.02

JSD/ P175292

Basel, 27. September 2017

Regierungsratsbeschluss vom 26. September 2017

Interpellation Nr. 97 Harald Friedl betreffend Überdenken der Zusammenarbeit mit Uber im «NordwestMobil» – schriftliche Beantwortung

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 13. September 2017)

«NordwestMobil» ist ein App-basierter Routenplaner der PostAuto Mobilitätslösungen AG, der u.a. in Kooperation mit den Basler Verkehrsbetrieben BVB, dem Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt und weiteren Mobilitätsunternehmen als Pilotpartner entwickelt und zwischen Oktober 2016 bis Januar 2017 getestet wurde. Gemäss der Website „nordwestmobil.ch“ (Stand 3.09.2017) werden momentan die Rückmeldungen der Testkunden ausgewertet, um diese in eine nationale Plattform einfließen zu lassen. Zur Zusammenarbeit mit dem Pilotpartner Uber hat der Regierungsrat bereits in der Interpellation Nr. 119 von Pascal Pfister (16.5518.02) schriftlich Stellung bezogen. In der Beantwortung von Frage Nr. 4 schreibt er: „Sollten Gerichte abschliessend feststellen, dass sich Uber nicht gesetzeskonform verhält, so geht der Regierungsrat davon aus, dass Postauto Schweiz die Zusammenarbeit sistiert, bis Uber das Geschäftsmodell entsprechend angepasst hat.“ In der Zwischenzeit ist einiges bezüglich Uber passiert. In der Beantwortung einer Parlamentsanfrage zu Uber hielt der Zürcher Regierungsrat (Protokollauszug zur Anfrage 510 KR-Nr. 91/2017 vom 7. Juni 2017) fest: „Damit die Tätigkeit von berufsmässigen Uber-Pop-Fahrerinnen und -Fahrern ohne Personenbeförderungszulassung in Privatfahrzeugen ohne Fahrtschreiber legal wäre, bedürfte es einer Änderung der genannten bundesrechtlichen Bestimmungen.“ In anderen Worten kann man die Aussage des Regierungsrates des Kantons Zürich so interpretieren, dass FahrerInnen ohne Fahrtschreiber illegal handeln, sofern die heutigen bundesrechtlichen Bestimmungen gelten. Uber hat daraufhin – wie im August in diversen Medien zu lesen war – bekannt gegeben, dass es in Zürich den Fahrdienst Uber Pop einstellt. Dies ist übrigens in Italien, Frankreich oder Deutschland aufgrund von Verboten bereits der Fall. Stossend ist die Tatsache, dass Uber den Fahrdienst Pop in Lausanne und Basel aufrechterhalten will. Weiter hat die SBB als Staatsnaher Betrieb bekannt gegeben, dass es seine Kooperation mit Uber sistiert, bis „offene Fragen“ geklärt sind, wie 20 Minuten am 16. Juni berichtete.

Vor diesem Hintergrund bittet der Unterzeichnende um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass sich seit der Interpellationsbeantwortung vom November 2016 eine neue Situation ergeben hat bezüglich der Legalität von Uber Pop?
2. Sind dem Regierungsrat die Verbote von Uber Pop in unseren Nachbarländern und die damit verbundenen Gerichtsurteile bekannt? Wie beurteilt er diese Entscheide?
3. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung des Zürcher Regierungsrates bezüglich der Illegalität der berufsmässigen Personenbeförderung ohne Fahrtschreiber?
4. Der Regierungsrat erhofft sich, dass der umstrittene Fahrdienst „die Verkehrssituation in der Region Basel weiter verbessern“ kann. Ist er auch der Meinung, dass sich die Situation für die Beschäftigten und die Bevölkerung im Personentransport verbessert?
5. Teilt der Regierungsrat die Befürchtungen, dass die tiefen Preise von Uber Pop die durch das umstrittenen Geschäftsmodell mit Vermeidung von Sozialabgaben etc. erst ermöglicht werden, zu ei-

ner Konkurrenz zum öffentlichen Verkehr werden und damit zu einer Mehrbelastung der innerstädtischen Strassen führen kann?

6. Ist der Regierungsrat bereit, dem Beispiel der SBB zu folgen, und die Zusammenarbeit mit Uber im Rahmen von „NordwestMobil“ zu sistieren oder zumindest bei der PostAuto AG zu intervenieren, solange Uber das Geschäftsmodell Uber Pop in Basel weiterhin anbietet?
Harald Friedl»

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. *Ist der Regierungsrat der Meinung, dass sich seit der Interpellationsbeantwortung vom November 2016 eine neue Situation ergeben hat bezüglich der Legalität von Uber Pop?*
2. *Sind dem Regierungsrat die Verbote von Uber Pop in unseren Nachbarländern und die damit verbundenen Gerichtsurteile bekannt? Wie beurteilt er diese Entscheide?*
3. *Teilt der Regierungsrat die Einschätzung des Zürcher Regierungsrates bezüglich der Illegalität der berufsmässigen Personenbeförderung ohne Fahrtschreiber?*

Der Regierungsrat und die zuständigen Behörden haben sich in den vergangenen Monaten und Jahren regelmässig mit dem Taxidienstleistungsbereich und auch mit Uber auseinandergesetzt. Einerseits hat der Regierungsrat dem Grossen Rat ein neues Taxigesetz vorgeschlagen, das vom Parlament im Wesentlichen übernommen und im Oktober 2015 vom Stimmvolk mit deutlicher Mehrheit bestätigt wurde. Andererseits hat sich der Regierungsrat im Zusammenhang mit politischen Vorstössen bereits mehrmals zum Thema geäussert.

Die verschiedentlich kolportierte Aussage, der Zürcher Regierungsrat habe Uber verboten, ist nicht zutreffend. Ein eigentliches «Uber-Verbot» wäre auch kaum mit dem Bundesrecht kompatibel. Im Gegenteil hat der Zürcher Regierungsrat Anfang Juni auf eine Anfrage betreffend die Legalität von «Uber Pop» die gleichen Aussagen getätigt wie der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt.

Regierungsrat Zürich (7. Juni 2017): «Uber-Pop-Fahrerinnen und -Fahrer (...) machen sich allerdings strafbar, wenn sie berufsmässig Personentransporte durchführen, denn gemäss (...) ARV2 sind Fahrerinnen und Fahrer von den Vorschriften der ARV2 nur ausgenommen, wenn sie nicht berufsmässig tätig sind. Als berufsmässig gelten Fahrten, die regelmässig (...) durchgeführt werden und mit einem wirtschaftlichen Erfolg verbunden sind. Regelmässig sind Fahrten, wenn sie in Zeitabständen von weniger als 16 Tagen mindestens zweimal durchgeführt werden.»

Regierungsrat Basel-Stadt (Schriftliche Anfrage Stephan Mumenthaler 14. April 2015): «Die ARV2 gilt unter anderen für Führer von leichten Motorwagen, die für berufsmässige Personentransporte verwendet werden. Demnach wird die Unterstellung der Führerin oder des Führers unter die ARV 2 nach dem Kriterium der Berufsmässigkeit der Fahrten überprüft. Als berufsmässig gelten Fahrten, die regelmässig von einem Führer oder mit einem Fahrzeug durchgeführt werden und mit denen ein wirtschaftlicher Erfolg erzielt werden soll. Regelmässig sind Fahrten, wenn sie in Zeitabständen von weniger als 16 Tagen mindestens zweimal durchgeführt werden.»

Dass die Thematik in unserem Kanton ernst genommen wird, zeigen nicht zuletzt die zahlreichen laufenden Verfahren. Aktuell sind zwei Verfahren mit einem Strafbefehl rechtskräftig abgeschlossen worden. 29 weitere Verfahren wurden Ende August an die Strafbefehlsabteilung der Staatsanwaltschaft überwiesen. 24 weitere Verfahren sind bei der Kantonspolizei Basel-Stadt in Bearbeitung.

Auch hat die Kantonspolizei unlängst einen Flyer für mögliche Anbieter von Mitfahrdiensten über Apps ausgearbeitet: <http://www.polizei.bs.ch/verkehr/strassenverkehr/mitfahrdienste-ueber-apps.html>.

Ein «Uber-Verbot» lehnt der Regierungsrat unverändert ab.

4. *Der Regierungsrat erhofft sich, dass der umstrittene Fahrdienst „die Verkehrssituation in der Region Basel weiter verbessern“ kann. Ist er auch der Meinung, dass sich die Situation für die Beschäftigten und die Bevölkerung im Personentransport verbessert?*

Neue Mobilitätsformen können einen Beitrag zur Förderung autoloser Haushalte leisten und somit die Verkehrssituation verbessern sowie das Verkehrsangebot für die Bevölkerung vergrössern. Selbstverständlich müssen die Anbieter solcher Mobilitätsformen die gesetzlichen Bestimmungen einhalten, namentlich diejenigen zum Schutz der Beschäftigten.

5. *Teilt der Regierungsrat die Befürchtungen, dass die tiefen Preise von Uber Pop die durch das umstrittenen Geschäftsmodell mit Vermeidung von Sozialabgaben etc. erst ermöglicht werden, zu einer Konkurrenz zum öffentlichen Verkehr werden und damit zu einer Mehrbelastung der innerstädtischen Strassen führen kann?*

Nein. Der Regierungsrat teilt die Befürchtung nicht, dass es wegen Uber zu einem erheblichen Verkehrszuwachs oder zu einem Rückgang bei den Kunden des öffentlichen Verkehrs kommt. Auch Uber und Uber-Fahrer sind verpflichtet, Sozialabgaben zu leisten. Noch nicht abschliessend entschieden ist lediglich die Frage, ob dies als Selbstständigerwerbende oder als Angestellte der Firma Uber zu geschehen hat. Das diesbezügliche Gerichtsurteil ist noch in Zürich hängig, da Uber gegen ein erstes Urteil des Sozialversicherungsgerichts Zürich (Gerichtsstand in Zürich, da Uber dort gemeldet ist) Rechtsmittel ergriffen hat.

6. *Ist der Regierungsrat bereit, dem Beispiel der SBB zu folgen, und die Zusammenarbeit mit Uber im Rahmen von „NordwestMobil“ zu sistieren oder zumindest bei der PostAuto AG zu intervenieren, solange Uber das Geschäftsmodell Uber Pop in Basel weiterhin anbietet?*

Die App «NordwestMobil» ist ein Pilotprojekt von PostAuto Schweiz in Kooperation mit dem Touring Club Schweiz (TCS) und den Basler Verkehrsbetrieben (BVB). «NordwestMobil» soll über Verbindungen mit möglichst vielen Verkehrsmitteln und Kombinationen informieren und bündelt hierzu die Angebote einer Vielzahl von Mobilitätsdienstleistern. Auch die Informationen der BVB, der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) und von Uber sind neben jenen von klassischen Taxiunternehmen in der App enthalten. Der Kanton Basel-Stadt unterstützt derartige Ansätze einer multimodalen Mobilitätsinformation, ist aber nicht Projektpartner. Die Verkehrsteilnehmenden entscheiden selber, welches Verkehrsmittel sie nutzen. Sollten Gerichte abschliessend feststellen, dass sich Uber nicht gesetzeskonform verhält, so geht der Regierungsrat davon aus, dass Postauto Schweiz die Zusammenarbeit sistiert, bis Uber das Geschäftsmodell entsprechend angepasst hat.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin